

Resolutionen der Personalversammlung der allgemeinbildenden Schulen in Spandau am 19.11.2025

Die Ergebnisse der Studie zu Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften belegen wissenschaftlich, was Kolleg*innen schon wissen, z.B. dass

- fast zwei Drittel der Lehrkräfte ohne zusätzliche Bezahlung über ihre arbeitsrechtlichen Pflichten und ihre Belastungsgrenzen hinaus arbeiten;
- fast zwei Drittel der Lehrkräfte aufgrund ihrer Belastung gesundheitsgefährdet sind;
- circa 30 Prozent der Vollzeitkräfte entgegen den Arbeitsschutzbestimmungen in Schulwochen über 48 Stunden arbeiten; Teilzeitkräfte relativ mehr arbeiten, je geringer ihre Unterrichtsverpflichtung ist.

Um die im Schuljahr 2023/24 von Lehrkräften circa 2,3 Millionen Stunden zu viel geleistete Arbeit auszugleichen müssten 1.300 Vollzeitkräfte eingestellt werden.

Die Personalversammlung stellt fest, dass die Entlastung der Lehrkräfte eine unabdingbare Voraussetzung für die Verbesserung der Bildungsqualität in den Schulen Berlins ist. Daher unterstützt die Personalversammlung Spandau die Forderung der GEW nach einem Tarifvertrag Gesundheitsschutz.

Die Personalversammlung fordert von der Senatsbildungsverwaltung weiter

- die Unterrichtsverpflichtung um zwei Stunden zu reduzieren;
- die außerunterrichtlichen und nichtpädagogischen Aufgaben zu reduzieren;
- den Ausbau von Schulsozialarbeit und Inklusion;
- multiprofessionelle Kollegien mit zusätzlichen Beschäftigten zu schaffen, statt sie auf die Ausstattung mit Lehrkräften anzurechnen;
- die Schulen wieder mit 100 Prozent und mit einer zusätzlichen Vertretungsreserve von 10 Prozent auszustatten;
- mindestens eine volle Verwaltungsleitungsstelle für jede Schule;
- eine Vertretungsreserve und Ressourcen zu Entlastung von Sekretär*innen.

Die Senatsbildungsverwaltung muss das Ziel, die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte zu verringern endlich aktiv verfolgen. Die GEW fordern wir auf, in den angekündigten Gesprächen wirksame Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte, der Erzieher*innen und aller anderen Berufe durchzusetzen. Das Tarifvorhaben Gesundheitsschutz und die Arbeitszeitstudie weisen den Weg.

ERZIEHER*INNEN BENÖTIGEN MEHR ZEIT UND VERLÄSSLICHE RESSOURCEN FÜR DIE MITTELBARE PÄDAGOGISCHE ARBEIT (mpA)

Die Personalversammlung der allgemeinbildenden Schulen in der Region Spandau fordert die Bildungssenatorin Frau Günther-Wünsch auf, die **Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen deutlich zu verbessern:**

- Setzen Sie sich für die Anpassung des Jahresarbeitszeitminutenmodells an die Realität von heute ein. Eine Überarbeitung nach vier Jahrzehnten ist mehr als überfällig.
- Erhöhen Sie die Zeit der mpA auf neun Zeitstunden.
- Bei der letzten Dienstkräfteeinmeldung wurde aufgrund der Sparzwänge darauf verzichtet, den bestehenden Mehrbedarf an Erzieher*innen durch das derzeitige Plus von zurzeit vier Zeitstunden mpA auszugleichen. Diese Stunden fehlen nun unmittelbar in der Betreuung am Kind. Wir fordern Sie auf, sich für eine entsprechende Nachsteuerung einzusetzen.
- Legen Sie fest, dass die Arbeitszeit für die mpA im Dienstplan in größeren Zeiteinheiten (nicht kleiner als 45 Minuten) eingeplant wird.
- Sorgen Sie für die konsequente Einhaltung des Vertretungsprinzips „Lehrer*innen vertreten Lehrer*innen, Erzieher*innen vertreten Erzieher*innen“.
- Der Personalschlüssel in der eFöB muss sukzessive auf 1:15 abgesenkt werden.